

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 62 (1983)
Heft: 9: 0

Rubrik: Leserecho

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sind das wirtschaftspolitische Alternativen?

Alois Steiger schreibt in der «Roten Revue» 5/83 von wirtschaftspolitischen Alternativen. Zutreffend erwähnt er, die heutige Wirtschaftskrise sei zugleich eine Krise der ökonomischen Theorien und ihrer traditionellen wirtschaftspolitischen Rezepte. Er beschreibt die wirtschaftlichen Leerläufe, die irrsinnige Verschleisswirtschaft mit ungeheuren Kosten für Werbung, Verpackung, die zu Abfallbergen, zur Umweltzerstörung mit sinkender Lebensqualität, zur heutigen Arbeitslosigkeit geführt hätten. Weitere Rationalisierungsmassnahmen und vermehrter Energieeinsatz würden jährlich 5 bis 6 Prozent der Beschäftigten in der Industrie überflüssig machen. Angesichts dieser Entwicklung würden die Keynesianer und die Monetaristen versagen. Mit Recht verlangt er daher ganz neue und zum Teil auch unkonventionelle Lösungen, die die Probleme bei der Ursache angehen. Aber die nun eigentlich zu erwartenden revolutionären Vorschläge findet man in seinem Artikel leider nicht. Er fordert indirekte Steuern nach dem Verursacherprinzip, zusätzliche Lenkungsabgaben für umweltschädigende Produkte, Förderung der Produktion umweltfreundlicher Güter, die mit weniger Energie und grösserem Arbeitseinsatz hergestellt werden. Ferner verlangt er eine Gewichtsverlagerung von den bisherigen personellen Einkommenssteuern hin zu Kapital- und Maschinensteuern und damit Schutz arbeitsintensiver Klein- und Mittelbetriebe. Dann sollen Strukturbefreiungen- und Binnenwirtschaftsförderungsprogramme in Angriff genommen werden, so etwa Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Bau von Radfahrer- und Fussgängerwegen, Stadtsanierungen; ferner Förderung des sozialen Wohnungsbaus, von Dorf- und Quartierläden, landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetrieben und weitere, sicher wertvolle Vorschläge. Schliesslich kommt auch die Forderung nach Reduktion der Arbeitszeit und humaneren Arbeitsbedingungen mit sinnvollerer Freizeitgestaltung. Mit Recht verlangt er, dass nicht nur Politiker, sondern jedermann über diese Fragen nachdenken sollen.

Orientierungslose Wissenschaft...

Nun müssen wir uns aber doch fragen, ob dies wirklich eine wirtschaftspolitische Alternative darstellt, die zur Überwindung des Kapitalismus führt? Sind ähnliche Vorschläge nicht auch schon unter den Wirtschaftssachverständigen verschiedenster Richtung gemacht worden? Immer wieder stellt man fest, dass in der Nationalökonomie eine weitgehende Orientierungslosigkeit herrscht. Gerade deshalb ist es Pflicht und Aufgabe jedes Bürgers, jeder Bürgerin, die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen, denn hier handelt es sich um grundlegende Fragen unserer politischen Ordnung, deren Stabilität zu sichern uns aufgegeben ist. Die ganze Nationalökonomie ist eine eminent «politische» Erkenntnislehre. Deshalb schwankt sie nach der Interessenlage des jeweiligen Vertreters und der zu vertretenden Interessengruppen, der «Gönner». Auch wenn das in diesen Kreisen nicht gern gehört wird, muss dies mitberücksichtigt werden.

Schon Adam Smith schrieb in «Der Reichtum der Nationen»: «Wer einen Vorschlag unterstützt, der zur Stärkung eines Monopols von Privaten dient, kann sicher sein, nicht nur den Ruf eines Wirtschaftssachverständigen, sondern auch grosse Popularität und Einfluss bei Personen zu erlangen, deren Zahl und Reichtum ihnen grosse Bedeutung gibt. Umgekehrt geht es dem, der ihre Pläne bekämpft, und noch mehr, wenn er ausreichendes Ansehen geniesst, diesen gefährlich zu werden. Ihn werden allgemein anerkannte Rechtschaffenheit... gegen die niederträchtigsten Beleidigungen, ja mitunter gegen wirkliche Gefährdungen durch unverschämte Attentate seitens der Wütigen, in ihren Interessen bedrohten Monopolisten nicht schützen.»

...als Dienerin der Herrschenden

Noch deutlicher und kürzer schrieb Lujo Brentano in «Der Unternehmer»: «Die amtliche Wissenschaft hat zu allen Zeiten den Belangen der herrschenden Klasse gedient.» Ist es heute besser? Bei unseren Wirtschaftswissenschaftern fehlt offensichtlich — ob bewusst oder unbewusst — das Grundwissen über die Geschichte der «Ausbeutung» bzw. der «Herrschaft». Nach Erich Fromm (Haben und Sein) stellt eben unsere abendländische Gesellschaft durchaus nicht eine «heile Welt» dar, was von unseren Hochschulen und Kirchen ganz und gar nicht zur Kenntnis genommen wird. Unsere heutige Gesellschaft krankt bei den Herrschenden, die ihre Monopole verteidigen, und bei den «Untertanen» (den nach unten Getanen), die von falschen Ideologien verführt werden. Die Besitzer des Boden- und Geldmonopols verteidigen un-

ser kapitalistisches System mit seiner Ausbeutung von Mensch und Natur. Die Mächtigen haben eine unstillbare Sucht nach immer mehr Vermögen, immer mehr Macht bei immer weniger eigener Leistung: müheloses, parasitäres Einkommen. Aber die Ausgebeuteten sind kaum weniger habgierig. Sie stillen ihre aussichtslose Habgier in der Illusion, eines Tages doch vielleicht im Toto oder Lotto zu gewinnen, um so in den Genuss der Güter jener oberen Zehntausend gelangen zu können. Wie sonst wäre es möglich, dass Abstimmungen über ein neues Bodenrecht, das der grossen Mehrheit der Bevölkerung zum Wohle gereichen würde, oder ein Raumplanungsgesetz usw. vom sogenannten Souverän, den landlosen Bürgern, verworfen werden? Alle hoffen, doch vielleicht einmal etwas Boden zu erwerben, um dann auch von den Bodenpreisseigerungen profitieren zu können.

Zutreffend sieht der Nobelpreisträger Konrad Lorenz in unserem Zinsmechanismus und dem dadurch bedingten exponentiellen Wachstumszwang die Ursache des Unfriedens und den zum Untergang führenden Fluch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Genügend Arbeit...

Wir müssen erkennen, dass es nicht an Arbeit fehlt. Es gibt einen riesigen Bedarf an Haushalthilfen, in der Hotellerie herrscht Personalmangel, viele Altbauten sollten repariert werden, Wälder wären aufzuforsten, Wüstengebiete zu rekultivieren, ganz abgesehen davon, dass es weiten Kreisen der Be-

völkerung noch nicht möglich ist, ihre Ansprüche zu befriedigen. Auch die Befürchtungen im Hinblick auf die Elektronik sind unbegründet, stehen uns doch noch ganz ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten in der Kommunikationstechnik, in den Automations- und Verfahrenstechniken, im Bau neuer Umweltschutzsysteme, in der Biotechnik, im Recycling usw. bevor. All dies könnte ohne Wachstumsumsummel und ohne wasserköpfige Bürokratie vor sich gehen, sofern die nötigen Vorbedingungen geschaffen werden. Es fehlt nicht an Arbeit, sondern an Geld, diese Arbeiten zu bezahlen. Wo bleibt das Geld? Die Antwort können wir nicht von jenen «Wissenschaftern» bekommen, welche im eingestandenen oder nicht eingestandenen Interesse der spekulierenden, leistungslosen Investoren ihre ökonomische Wissenschaft betreiben, da sie in deren Dienst stehen oder im Nebel der Ideologien herumtappen. Von diesen ist nicht zu erwarten, dass sie Opfer von allen verlangen, besonders nicht von den herrschenden Monopolherren, den Nutzniessern der arbeitslosen Einkünfte aus Bodenrente und Zinsen. Diese Opfer werden nun von jenen Forschern verlangt, welche den konsequenten Monetaristen zuzuordnen sind. Diese Forscher verlangen dringend nach einer Geldreform, damit endlich dem immer wieder auftretenden Investitionsstreik des Geldes begegnet werden kann, sobald die Zinsen sinken. Sie verlangen den «sanften Tod des Rentners», wie Keyns sich ausdrückte. Eine Besteuerung des die Investitionen verweigernden

Hortgeldes würde Wunder wirken. Das Geld hat die Aufgabe, in betonter Sozialpflichtigkeit allen, und nicht nur den Banken und Spekulanten, zu dienen. Das neue Geldrecht hätte die Aufgabe, die Preisstabilität (Warenkorb-Index!) und die Stabilität des Geldflusses — ganz besonders bei sinkenden Zinsen — zu garantieren.

...bei freigemachtem Geld

Eine solche «konsequente» Geldwirtschaft könnte den Frieden sichern. Auch das gesamte Umweltproblem fände so seine Lösung, weil mit einem Male das Geld für solche Aufgaben beschaffbar würde. *Gegeben wir dem Kapital keine weiteren Vorrechte*, dem Volke aber endlich sein Lebensrecht, seinen vollen Arbeitsertrag, ungeschmälert durch Zinstribute und Grundrente!

Wir müssen erkennen, dass Arbeitslosigkeit weder Schicksal noch Naturkatastrophe ist. Sie ist nur das dem Kapitalstreik folgende Übel, das wir unserer gesellschaftlichen Fehlordnung, den Geld- und Bodenmonopolen zu «verdanken» haben. Es gibt nur einen Weg zur Stabilisierung der Staaten zu friedlicher internationaler Zusammenarbeit, nämlich die Schaffung eines neuen Bodenrechts und die Zerschlagung des Geldprivilegs, das in der willkürlichen Hortung grosser Geldmengen wirksam wird. Nur das ist eine wirtschaftspolitische Alternative, die zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und zum Wohlstand für alle führt.

Otto Haag, Elgg